

HELLA KAESELITZ

Die Ängste der Margaret Thatcher. Einige Aspekte der britischen Haltung zur deutschen Vereinigung*

Die britische Regierung hatte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in zahlreichen Verträgen das Recht der Deutschen auf ein einheitliches Staatsgebiet garantiert und immer wieder bekräftigt. Andererseits hatten 40 Jahre deutsche Zweistaatlichkeit dazu geführt, daß im Bewußtsein vieler Briten die Teilung Deutschlands als unwiderruflich galt, zumal zwei Staaten auf deutschem Boden ein Problem zu lösen schienen, das »im historischen Verständnis der Briten die Katastrophe des 20. Jahrhunderts verursacht hatte«¹. London befürchtete, daß ein wirtschaftlich und politisch erstarktes einheitliches Deutschland das bestehende Kräftegleichgewicht in Europa in Frage stellen könnte, einschließlich nicht vorhersehbarer Folgen für die internationale Sicherheit. Obwohl man offiziell am Ziel einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten als abstraktes Prinzip festhielt, hatte das britische Establishment den status quo akzeptiert und sich mit ihm arrangiert, zumal dessen Vorteile für Großbritannien klar auf der Hand lagen..

Es war deshalb kaum verwunderlich, daß die britische Regierung die sich im Spätsommer 1989 in der DDR anbahnenden Entwicklungen zunächst mit Zurückhaltung und Skepsis beobachtete. Vor allem die britische Premierministerin Margaret Thatcher reagierte sichtlich geschockt. Nach einem Gespräch mit Gorbatschow am 23. September in Moskau, mit dem sie sich in der Ablehnung eines vereinigten Deutschland einig wähnte, stand ihr Entschluß fest, »das damals schon rasante Tempo der Entwicklung zu bremsen«, zumal sie überzeugt war, daß auch andere westliche Spitzenpolitiker, insbesondere der französische Präsident Mitterrand, ihre Meinung teilten. In einer Analyse des britischen Außenministeriums zur deutschen Frage von Ende Oktober kam man zu der Überzeugung, daß die DDR durchaus als eigener Staat bestehen bleiben könnte, auch wenn die kommunistische Existenzbegründung wegfiel. Allerdings sollte man die Wiedervereinigung nicht offen ablehnen, sondern bei der vorsichtigen Sprache der Vergangenheit bleiben.²

Die britische Presse reagierte ebenfalls zunächst überwiegend skeptisch auf die Ereignisse in der DDR. So prognostizierte z.B. ein bekannter Kolumnist der Times das Vierte Reich, falls es zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten käme. Andererseits erschienen Prognosen, daß man nicht mehr mit Dekaden, sondern nur noch mit 10 bis 15 Jahren rechnen müsse, ehe die Einheit vollendet sei, bereits sehr gewagt.³ Die britische Öffentlichkeit verhielt

Hella Kaeselitz – Jg. 1930, Dr. sc., Prof. em. für Allgemeine Geschichte, bis 1990 Bereichsleiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin.

* Eine ausführliche Fassung dieses Beitrages erscheint in dem Band »Das letzte Jahr der DDR - Zwischen Revolution und Selbstaufgabe« (Arbeitstitel) beim Dietz Verlag.

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte.

1 Adolf M. Birke: Großbritannien und die deutsche Einheit, Coburg 1991, S. 2.

2 Philip Zelikow, Condoleezza Rice: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche

Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997, S. 147.

3 Julian Bullard: Die britische Haltung zur deutschen Wiedervereinigung, in: Josef Becker (Hrg.): Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands, München 1992, S. 35 f.

4 Richard Davy: Großbritannien und die Deutsche Frage, in: Europaarchiv Folge 4/1990, S. 140.

5 Bullard, S. 39.

6 Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 506.

7 Ines Lehmann: Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Bd. 1: Die Presse der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, Frankfurt/Main 1996, S. 275.

8 Zelikow/Rice, S. 171.

9 Ebenda, S. 172.

10 Margaret Thatcher: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf 1993, S. 1100.

sich zunächst relativ gelassen. In einer im Oktober 1989 durchgeführten Meinungsumfrage sprachen sich immerhin 70 Prozent der Briten für die deutsche Einheit aus. Nur 16 Prozent zeigten Angst vor einer militärischen Bedrohung durch ein vereinigtes Deutschland, während 36 Prozent eine wirtschaftliche Bedrohung befürchteten.⁴ Doch bis zum Fall der Mauer waren diese Kommentare und Meinungsumfragen eher theoretischer Natur, ohne daß unmittelbare praktische Konsequenzen zu erwarten waren.

Die Situation änderte sich jedoch schlagartig nach dem 9. November 1989. Plötzlich war aus einem abstrakten Prinzip politische Realität geworden. Eine im November durchgeführte Meinungsumfrage ermittelte nur noch bei 55 Prozent der Briten eine Zustimmung zur Wiedervereinigung, und im Januar 1990 waren es gar nur noch 45 Prozent im Vergleich zu 61 Prozent in Frankreich.⁵ Erste offizielle Reaktionen aus Großbritannien auf die Maueröffnung waren von deutlicher Zurückhaltung geprägt. Immer wieder verlautete aus offiziellen Quellen, daß eine Vereinigung Deutschlands nicht auf der Tagesordnung stünde, sondern daß es in erster Linie um die Abhaltung freier, demokratischer Wahlen in der DDR gehe. Insbesondere Margaret Thatcher trat mit Nachdruck für die weitere Existenz der DDR unter demokratischen Vorzeichen ein. In einem Telefonat mit Bundeskanzler Kohl einen Tag nach der Maueröffnung bekräftigte sie, es komme jetzt darauf an, daß die DDR eine wirklich demokratische Regierung bilde.⁶

Ihre Deutschlandpolitik nach dem Fall der Mauer erläuterte die britische Premierministerin erstmalig ausführlich in einer Rede am 13. November beim traditionellen Bankett des Lord Mayor in der Guildhall der Londoner City. Sie forderte, mit Vorsicht auf die Ereignisse zu reagieren. Ziel müsse es sein, in der DDR eine echte Demokratie mit freien Wahlen zu entwickeln. Dies allein wäre schon eine gewaltige Leistung.⁷ Die Frage einer möglichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten klammerte sie in dieser Rede völlig aus. Wenige Tage später aber schrieb sie an Präsident Bush: »Wir müssen demonstrieren, daß wir nicht die Absicht haben, die Situation zum Nachteil der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion auszunutzen. Dafür ist unter anderem notwendig, unsere Ansichten deutlich zu machen,.... daß die deutsche Wiedervereinigung kein Thema ist, das gegenwärtig behandelt werden muß.«⁸ Auch bei ihrem Zusammentreffen mit Bush in Camp David am 24. November betonte sie, daß die Demokratisierungsbewegung in Osteuropa, einschließlich der DDR oberste Priorität besitze und daß sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt erhalten bleiben müßten. Besondere Betonung legte sie dabei auf die Rolle der Vier Mächte in Berlin und das KSZE-Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen.⁹

Erbost reagierte Margaret Thatcher auf den Zehn-Punkte-Plan Kohls, den dieser am 28. November vor dem Bundestag verkündet hatte. Sie bezeichnete diesen Vorstoß in Richtung deutsche Einheit, der ohne Konsultation mit den Verbündeten erfolgte, als eindeutigen »Verstoß gegen den Geist des Pariser Gipfeltreffens«.¹⁰ Auf diesem Sondergipfel der EG-Regierungschefs am 18. November waren die Vorgänge in Deutschland besprochen worden, ohne daß Kohl dort seine diesbezüglichen Absichten offenbart hatte. Doch

die britische Premierministerin hielt auch nach Kohls Zehn-Punkte-Plan eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht für unvermeidbar. Frau Thatcher argumentierte, daß die Herstellung der deutschen Einheit nicht allein Sache der Deutschen sei, da auch andere Länder davon ernsthaft betroffen seien. Gleichzeitig war sie sich im klaren darüber, daß sie von der amerikanischen Regierung in dieser Frage kaum Unterstützung zu erwarten hatte. Hingegen hoffte sie beim französischen Präsidenten Verständnis für ihre Haltung zu finden, denn auch Mitterrand stand dem Zehn-Punkte-Plan Kohls sehr kritisch gegenüber. Am Rande des EG-Gipfels in Straßburg am 8. und 9. Dezember traf Thatcher mit Mitterrand zweimal inoffiziell zusammen, um die deutsche Frage zu erörtern. Doch Mitterrand reagierte vorsichtiger als Thatcher, und es kam zu keinen abgestimmten Aktionen zwischen beiden. Auch ein erneutes Gespräch mit Mitterrand am 20. Januar im Elysée-Palast zum Thema Deutschland endete ohne konkrete Ergebnisse.

Der britische Außenminister Douglas Hurd, der vom 22. bis 24. Januar als Gast von Außenminister Fischer in der DDR weilte, agierte vorsichtiger und setzte andere Akzente als die Regierungschefin. Er bekannte sich zum Selbstbestimmungsrecht beider deutscher Staaten, plädierte aber für Besonnenheit beim Einigungsprozeß und empfahl, die Sicherheits- und anderen Aspekte der vier Siegermächte wie der NATO und der EG nicht außer acht zu lassen. Gleichzeitig sprach er sich für die Erweiterung der bilateralen Zusammenarbeit mit der DDR auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet aus und äußerte die Gewißheit, daß der Demokratisierungsprozeß in der DDR neue Möglichkeiten in den gegenseitigen Beziehungen eröffne.¹¹

Es stellt sich die Frage, welche Gründe Margaret Thatcher, eine stockkonservative überzeugte Antikommunistin, bewogen, ihre ganze Persönlichkeit in die Waagschale zu werfen, um die deutsche Zweistaatlichkeit zu erhalten, dabei einkalkulierend, daß die DDR damit im Einflußbereich der Sowjetunion bleiben könnte, einschließlich der weiteren Stationierung sowjetischer Truppen in der DDR. In ihren Memoiren äußert sie sich dazu sehr freimütig: »Seit der Einigung unter Bismarck hat Deutschland ... stets auf unberechenbare Weise zwischen Aggression und Selbstzweifeln geschwankt.« Die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands hätten das am meisten gespürt. Deutschland dürfe deshalb keine Großmacht werden, die sich auf Kosten anderer Geltung verschafft. »... ein wiedervereinigtes Deutschland ist schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als daß es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre.« Deutschland sei vom Wesen her eher eine destabilisierende als eine stabilisierende Kraft im europäischen Gefüge.¹² Für Thatcher war damit das im 19. Jahrhundert von Großbritannien kreierte imperiale Prinzip vom Gleichgewicht der Kräfte immer noch die entscheidende Maxime für ihre Beurteilung der machtpolitischen Konstellationen in Europa. Dieses Gleichgewicht der Kräfte aber sah sie durch die Vereinigung Deutschlands in höchstem Maße gefährdet.

Während eines Essens, das sie für einige ihrer Getreuen kurz vor Weihnachten arrangiert hatte, wurde sie noch deutlicher: »Wir

Die Tatsache, daß diesen Diskussionen zwischen Präsident Mitterrand und mir nur wenige oder gar keine praktischen Schritte in Hinblick auf die Deutsche Frage folgten, bewies seine grundsätzliche Abneigung, die Gesamtrichtung seiner Außenpolitik zu ändern. Im wesentlichen hatte er folgende Wahl: Er konnte entweder den europäischen Einigungsprozeß vorantreiben, um den deutschen Riesen zu bändigen, oder aber diese Linie aufgeben und sich auf jene von General de Gaulle zurückbesinnen – das heißt auf die Verteidigung der französischen Unabhängigkeit und eine Bündnispolitik zur Sicherung der Interessen seines Landes. Er traf die falsche Entscheidung für Frankreich. Darüber hinaus wuchsen wegen seiner Unfähigkeit, vertrauliche Worte mit öffentlichen Taten zu verknüpfen, auch meine Probleme. Allerdings muß man einräumen, daß sich seine Einschätzung, nichts könne die deutsche Wiedervereinigung aufhalten, als richtig erwies. Thatcher: Downing Street No. 10, S. 1104 f.

11 Neues Deutschland v. 23.1.1990.

12 Thatcher, S. 1095.

13 George Robert Urban: *Diplomacy and disillusion at the court of Margaret Thatcher. An insider's view*, London 1996, S. 105.

Freitag, 26. Januar 1990.
Ein ärgerliches Interview von M. Thatcher veröffentlicht heute das *Wall Street Journal*, in dem sie ihre bisherige Zurückhaltung aufgibt und sich unverblümt zur deutschen Frage äußert, wobei sie die Pose einer Beschützerin Gorbatschows annimmt. Wenn die deutsche Einheit zu schnell käme, so erklärt sie, würde das möglicherweise enorme Probleme für Gorbatschow schaffen, der darüber eventuell stürzen könnte, was eine Katastrophe für alle wäre. Die deutsche Einheit könne nur verwirklicht werden, wenn alle andere Verpflichtungen berücksichtigt würden... Harsche Kritik übt sie an der Bundesregierung: Kohl und Genscher sollten ihrer Meinung nach ihre engen nationalistischen Ziele der längerfristigen Sicht der Bedürfnisse Europas unterordnen. Man müsse ihnen diese weitsichtigeren Vision eintrichtern. Die deutsche Einheit ... zerstöre das wirtschaftliche Gleichgewicht der EG, in der Westdeutschland schon heute dominiere. Horst Teltschik: *329 Tage - Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S.115 f.

14 Thatcher, S. 1106.

haben immer für ein Gleichgewicht der Kräfte in Europa gekämpft und dies muß immer und immer wieder bewerkstelligt werden; laßt Euch nicht von Worten täuschen. Sobald sich die Deutschen völlig erholt haben, werden sie wieder ihre hegemonialen Interessen in ganz Osteuropa behaupten.« Gegenargumente ließ sie nicht gelten. Statt dessen ließ sie ihren Gefühlen freien Lauf, indem sie ausrief: »»einmal ein Deutscher, immer ein Deutscher«; »man kann ihnen nicht trauen«¹³. Was die Deutschen nicht durch Weltkriege errungen hätten, versuchten sie nun, durch ökonomischen Imperialismus zu erreichen. Paradoxerweise war das Ergebnis ihrer Überlegungen, nämlich die Erhaltung der deutschen Zweistaatlichkeit einschließlich einer erneuerten, demokratischen DDR, identisch mit der damals in beiden deutschen Staaten vorherrschenden Meinung im linken Spektrum sowie unter verschiedenen Bürgerrechtsgruppen.

Anfang 1990 sorgte die britische Premierministerin erneut für große Aufregung, als sie in einem Interview für das »Wallstreet Journal« vom 25. Januar betonte, daß ihr die unangebrachte Eile des deutschen Vereinigungsprozesses große Sorgen bereite. Vor allem könne sie für den sowjetischen Staatschef große Probleme mit sich bringen. Die Bundesregierung reagierte äußerst gereizt auf dieses Interview mit dem Ergebnis, daß die britisch-westdeutschen Beziehungen Ende Januar einen absoluten Tiefpunkt erreicht hatten. Wie schon bei früheren Gelegenheiten machte sich Frau Thatcher auch in diesem Interview zum Anwalt von Gorbatschow, dem sie von Beginn ihrer politischen Beziehungen an große Sympathien entgegenbrachte und als dessen Beschützerin sie sich berufen fühlte. Sie äußerte wiederholt die Befürchtung, daß dieser infolge der Entwicklungen in Deutschland seine Macht verlieren und der Reformprozeß in der Sowjetunion ins Stocken geraten könnte. Es muß deshalb für sie eine große Enttäuschung gewesen sein, als Gorbatschow Ende Januar offiziell verlauten ließ, daß er nichts gegen die deutsche Einheit einzuwenden habe.

Auch die Interessen der anderen osteuropäischen Nachbarn Deutschlands, insbesondere Polens, spielten für sie – getreu ihrer Gleichgewichtspolitik, aber auch aus historischen Gründen – eine wichtige Rolle. Von Anfang an forderte sie im Interesse Polens eine Garantie der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik, während Kohl dieser Frage immer wieder auswich. »Durch seine Unwilligkeit, einen ordentlichen Vertrag zur Festlegung der deutsch-polnischen Grenze abzuschließen, war es Bundeskanzler Kohl gelungen, den schlimmstmöglichen Eindruck zu vermitteln.«¹⁴ Bei zahlreichen Gelegenheiten, darunter anlässlich eines Treffens mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki am 14. Februar in London, machte sie vertragliche Grenzgarantien zur Bedingung der deutschen Einheit und erhielt dafür auch von anderen Ländern Beifall und Unterstützung.

Ihr Mißtrauen gegenüber einem vereinten Deutschland dürfte auch von der Tatsache beeinflusst worden sein, daß in ihrem langjährigen Londoner Wahlkreis Finchley viele jüdische Menschen lebten, deren schmerzvolle Erinnerung an den Holocaust sie teilte und denen sie sich deshalb besonders verpflichtet fühlte. Außerdem gehörte sie einer Generation an, die den Zweiten Weltkrieg bewußt miter-

lebt hatte. Die Erfahrungen, die sie als junges Mädchen gesammelt hatte, darunter häufige Luftangriffe der Deutschen auf ihre Stadt sowie die Beherbergung eines jüdischen Mädchens aus Österreich in ihrer Familie, das die barbarischen Verbrechen der Nazis im eigenen Umfeld erfahren hatte, legten den Grundstein für ihr Deutschlandbild. Dies erklärt auch bis zu einem gewissen Grade, daß sie in der Deutschlandfrage überwiegend emotional agierte und reagierte, was so gar nicht ihrer Natur entsprach.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es vor allem folgende Beweggründe waren, die Margaret Thatcher veranlaßten, dem deutschen Einigungsprozeß Widerstand entgegenzusetzen: erstens befürchtete sie, daß ein vereinigtes Deutschland zu einem gefährlichen Machtpotential in geopolitischer, ökonomischer, politischer und militärischer Hinsicht werden und die Rolle Großbritanniens in den internationalen Beziehungen weiter zurückdrängen könnte; zweitens sah sie darin eine Gefahr für Gorbatschow und dessen Reformen in der Sowjetunion und drittens hatte für sie der Reformprozeß in Osteuropa Vorrang vor der Einheit Deutschlands, um u.a. Grenzverschiebungen zuungunsten der östlichen Nachbarn Deutschlands zu verhindern. Hinzu kamen vor allem emotional geprägte Ressentiments gegenüber Deutschland, deren Wurzeln in der deutschen Geschichte lagen.

Wenngleich Margaret Thatcher seit Anfang Februar davon ausging, daß der Fortgang der Dinge nicht mehr aufzuhalten war, »da sich die Deutschen wahrscheinlich für die Vereinigung entscheiden werden«¹⁵, blieb sie zunächst dabei, daß eine längere Übergangsperiode notwendig sei, damit die Vereinigung Deutschlands keine Ängste, sondern größere Sicherheiten schafft. Wenn es ihr schon nicht gelang, die Entwicklung in Richtung Einheit zu blockieren, dann wollte sie diese wenigstens verzögern. Allerdings geriet sie damit zunehmend in Widerspruch nicht nur zur oppositionellen Labour Party, sondern auch zur Mehrheit ihres Kabinetts und ihrer Partei.

Ohne ihre Vorbehalte aufzugeben, begann die Premierministerin ab Ende Februar 1990 eine aktivere Rolle im Vereinigungsprozeß zu spielen. Ihr außenpolitisches Betätigungsfeld fand sie vor allem in der Militär- und Sicherheitspolitik, da sie auf diesem Gebiet die besondere Rolle Großbritanniens als europäische Nuklearmacht und Hauptpartner der USA in der NATO herausstreichen konnte. Außerdem argwöhnte sie, daß ein vereinigtes Deutschland die vertraglichen Bindungen der Bundesrepublik an die NATO in Frage stellen könnte. Deshalb bestand sie darauf, die militärischen Allianzen zu erhalten und die Westbindung eines vereinigten Deutschland zu gewährleisten. Dazu gehörte auch ihre Forderung, daß amerikanische Truppen in Deutschland verbleiben und modernisierte Nuklearwaffen weiterhin auf deutschem Boden stationiert sein sollten. So machte sie in einem Interview mit dem »Spiegel« Ende März geltend, daß Deutschland auch nach der Vereinigung Mitglied der NATO sein müsse. Gleichzeitig hielt sie es im Gegenzug für möglich, daß einige sowjetische Truppen weiterhin in Ostdeutschland bleiben könnten. Auch in diesem Interview übte sie noch einmal heftige Kritik am deutschen Vereinigungsprozeß und rügte Kohls Haltung in der polnischen Grenzfrage.¹⁶

15 Parliamentary Debates. House of Commons, Bd. 166, Sp. 757.

16 Der Spiegel, 13/1990, S. 160 ff.

Obwohl Margaret Thatcher immer wieder beklagt hatte, daß die außenpolitischen Aspekte bei der deutschen Einigung zu kurz kämen, folgten die Briten eher widerstrebend dem Mitte Februar 1990 auf der Konferenz der Außenminister der NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten in Ottawa verabschiedeten Plan, zu diesem Zweck Zwei-Plus-Vier-Gespräche einzuleiten. Margaret Thatcher hatte zunächst nur Gespräche der Vier oder höchstens Vier-Plus-Zwei-Gespräche im Auge gehabt.¹⁷ Zwar beanspruchte sie später, daß die Ergebnisse zu einem beträchtlichen Teil dem britischen Beitrag zu verdanken seien. In Wirklichkeit aber gingen die wesentlichen Initiativen bei diesen Gesprächen von den USA und der BRD aus, während Großbritannien eher eine Nebenrolle spielte.

Ende März 1990 traf sich Margaret Thatcher auf ihrem Landsitz Chequers mit sechs britischen und amerikanischen Deutschlandexperten, um sich noch einmal zu vergewissern, ob ein vereinigt Deutschland angesichts der jüngeren deutschen Geschichte und des Nationalcharakters der Deutschen Anlaß zur Sorge gebe. Ein drei Monate später veröffentlichtes Protokoll dieser Zusammenkunft verursachte in Bonn großen Wirbel, weil damit der Anschein erweckt wurde, als habe es sich um ein Geheimtreffen gehandelt, bei dem die Fehler des deutschen Nationalcharakters im Mittelpunkt gestanden hätten. Auch bei diesem Treffen machte die Premierministerin aus ihrer Skepsis gegenüber einem vereinigt Deutschland, die sie vor allem historisch begründete, kein Hehl. Immer wieder bezog sie sich auf die beiden Weltkriege und brachte ihr tiefes Mißtrauen den Deutschen gegenüber zum Ausdruck. Obwohl die Gäste sie davon zu überzeugen suchten, daß ein vereinigt Deutschland keine Gefahr darstelle – wenngleich eine gewisse Vorsicht immer nützlich sei –, äußerte sie weiterhin tiefe Zweifel. »Sehr gut, sehr gut, ich bin an diesem Tisch überstimmt. Ich verspreche Euch, daß ich nett zu den Deutschen sein werde, nett zu Helmut, wenn er nächste Woche kommt, aber ich werde nicht besiegt sein. Ich werde nett zu ihm sein, aber ich werde an meinen Prinzipien festhalten.«¹⁸ Bei diesem Treffen ließ Margaret Thatcher auch keinen Zweifel an ihrer persönlichen Abneigung gegenüber Kohl, was allerdings auf Gegenseitigkeit beruhte. Die Chemie zwischen beiden stimmte von Anfang an nicht: für Thatcher war Kohl ein Provinzpolitiker, während er sie für machtbesessen hielt.

Bei dem darauffolgenden Treffen mit Kohl am 30. März, dem ersten und einzigen bilateralen Gespräch zwischen Thatcher und Kohl vom Mauerfall bis zum 3. Oktober 1990 waren allerdings beide bemüht, die gegenseitigen Vorbehalte in den Hintergrund zu schieben. Thatcher hatte sich zu diesem Zeitpunkt offenbar mit der Unvermeidbarkeit einer baldigen deutschen Vereinigung abgefunden. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen u.a. die NATO-Zugehörigkeit des vereinigt Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze. Frau Thatcher drang noch einmal darauf, daß die Grenzfrage mit Polen vertraglich geregelt werden müsse.¹⁹

Margaret Thatcher blieb bis zuletzt skeptisch. So äußerte sie am 2. Oktober 1990 in New York die Befürchtung, daß »Deutschland in Europa sehr dominant sein wird, deshalb ist es Aufgabe von uns übrigen, ihm nicht zu erlauben, den Ton anzugeben.«²⁰ Rück-

17 Angelika Volle: Großbritannien und die deutsche Einheit, in: Jochen Thies, Günther van Well: Auf der Suche nach der Gestalt Europas. Festschrift für W. Wagner, Bonn 1990, S. 137 f.

18 Urban, S. 128.

19 Siehe Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit, S. 996 ff.

20 Anthony Glees: The British and the Germans: From enemies to partners, in: The Germans and their Neighbours. Ed. by Dirk Verheyen/Christian Soe, Boulder 1993. S. 52.

blickend gestand sie später ein, daß sie mit ihrer Politik in der Frage der deutschen Vereinigung gescheitert sei. Deshalb sei jedoch ihre Politik nicht falsch gewesen, wie insbesondere die wirtschaftlichen Folgen der Vereinigung zeigten. »Die von den Westdeutschen betriebene Einverleibung ihrer benachbarten Verwandtschaft« habe sich als wirtschaftliche Katastrophe erwiesen. Letztendlich habe ihre Politik aber auch positive Auswirkungen gezeigt, da sie die Regierung der Bundesrepublik gezwungen habe, die Grenzfrage mit ihren östlichen Nachbarn zu klären.

Analysiert man die Gründe für das Scheitern ihrer Politik in der Deutschlandfrage, so läßt sich abschließend feststellen, daß Margaret Thatcher die Gefahren für Großbritannien durchaus richtig einschätzte. Sie sah voraus, daß ein vereinigtes Deutschland die internationalen Positionen Großbritanniens weiter schwächen würde, und zwar sowohl in politischer wie auch in ökonomischer Hinsicht. Ihr war auch klar, daß sich ein vereinigtes Deutschland beschleunigend auf den europäischen Einigungsprozeß auswirken würde, was nicht ihren Intentionen entsprach. Sie ging also durchaus von richtigen Fragestellungen für ihr Land aus, das sie bei einer deutschen Vereinigung auf der Verliererseite wähte. Dennoch mußte ihre Politik in der Deutschlandfrage letztendlich scheitern, weil sie nicht in der Lage war, eine positive und konstruktive Antwort auf die Ereignisse zu finden und sich statt dessen immer mehr in die Isolation manövrierte. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Dazu gehörten ihr antiquiertes, rein emotional geprägtes Deutschlandbild, die Differenzen zwischen ihr und ihrem Außenminister bzw. ihrem Kabinett in der Deutschlandfrage (die hier nicht näher ausgeführt werden konnten), die Fixierung auf Gorbatschow, dessen Kapitulation sie schwer getroffen haben muß, die gespannten Beziehungen zu Kohl, aber auch zu Genscher und zu Bush und nicht zuletzt ihre allgemeine Bunkermentalität, die für ihre letzten Regierungsjahre charakteristisch war. Sie verschanzte sich hinter ihre Vorbehalte, wußte selbst nicht mehr, was in ihrer eigenen Partei vor sich ging, und ignorierte die Realitäten in den beiden deutschen Staaten. Obwohl auch andere Länder Zweifel und Vorbehalte gegen das Tempo und die Art und Weise der deutschen Vereinigung hegten, gelang es ihr nicht, diese zu kanalisieren, um dadurch größeren Einfluß auf den Gang der Ereignisse zu nehmen.

Der einzige Fall, in dem ich mit meiner Linie zu einem außenpolitischen Thema un-zweifelhaft gescheitert bin, war die deutsche Wiedervereinigung. Meine Absicht war, die Demokratisierung der DDR voranzutreiben und gleichzeitig ihre Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland hinauszuzögern. Gegen den ersten Aspekt dieser Politik würde niemand Einwände erheben. Damals waren viele auch mit dem zweiten Aspekt einverstanden, was durch viele Lippenbekenntnisse bekräftigt wurde. Die meisten Beobachter erkannten jedoch nicht, welche nationalistische Begeisterung für die deutsche Einheit in der DDR entbrannt war...Schließlich erwies sich der Wunsch der Deutschen beiderseits der Elbe jedoch als unwiderstehlich. Daher mußte diese Politik scheitern. Thatcher: Downing Street No. 10, S. 1125f.